

**Rede von
Bundeskanzler Gerhard Schröder
beim
Sonderparteitag der SPD
am 31. August 2005 in Berlin**

12.36 Uhr

Gerhard Schröder, Bundeskanzler:

Liebe Freundinnen, liebe Freunde! Liebe Genossinnen und Genossen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In genau 18 Tagen entscheiden die Menschen über die Zukunft unseres Landes. Sie entscheiden über die Zukunft der drittgrößten Volkswirtschaft der Welt, über die Zukunft der bevölkerungsreichsten Nation in Europa. Eine durchaus unheilige Allianz aus Meinungsforschern, Meinungsmachern, Wirtschaftsverbänden und Opposition versucht den Menschen in Deutschland einzureden, die Wahl sei schon gelaufen. Ich sage: Nichts ist entschieden. Lasst euch nicht ins Bockshorn jagen. Auch diese Wahl wird erst in den letzten Tagen entschieden werden.

Wenn wir in den nächsten beiden Wochen gemeinsam alle Kräfte mobilisieren, wenn wir um jede Stimme kämpfen, dann werden wir unser Ziel erreichen. Ich bin dessen sicher, liebe Freundinnen und Freunde.

Dann werden wir es schaffen, die SPD wieder zur stärksten Partei zu machen; denn Deutschland braucht eine starke SPD.

Vergessen wir nicht: Millionen Frauen und Männer haben ihre Entscheidung längst noch nicht getroffen. An sie vor allem wollen wir uns wenden, an sie vor allem wende ich mich. Die Wahl am 18. September entscheidet eben nicht nur über die Zukunft unseres Landes, nein, diese Wahl, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird auch sehr

entscheidend für Ihre ganz persönliche Zukunft. Deshalb überlassen Sie diese Entscheidung nicht anderen. Bedenken Sie, worauf es wirklich ankommt, und machen Sie sich bitte bewusst: Die nächsten Jahre werden uns erneut vor schwierige, möglicherweise auch dramatische Herausforderungen stellen. Überlegen Sie gut, wem Sie zutrauen, gleichermaßen mutig wie kraftvoll zu handeln, wenn es wirklich darauf ankommt, wenn es darauf ankommt, bei internationalen Krisen und Konflikten, kühlen Kopf zu bewahren, wenn es darauf ankommt, deutsche Interessen ohne Überheblichkeit, aber selbstbewusst zu vertreten auch, wenn es nötig ist, gegenüber mächtigen Freunden - es kommt darauf an, wirklich entschieden für den Frieden zu kämpfen -, wenn es darauf ankommt, Deutschland wirksam vor terroristischen Gefahren zu schützen, ohne dabei Demokratie und Freiheitsrechte unserer Gesellschaft aufs Spiel zu setzen, und wenn es darauf ankommt, die Interessenkonflikte, die es in unserer Wirtschaft, in unserer Gesellschaft gibt, so auszutragen, dass der soziale Friede in diesem Land bewahrt werden kann; denn der hat uns stark gemacht, liebe Freundinnen und Freunde.

Ja, und wenn es darauf ankommt, eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen, eine Ordnung, die allen eine Chance auf menschenwürdige Arbeit, auf gerechten Lohn, vor allen Dingen auf Ausbildung und Qualifizierung bietet, wenn es darauf ankommt, die notwendigen Reformen im Gesundheitswesen, bei der Rente, bei der

Pflege so zu gestalten, dass unser Grundwert der sozialen Gerechtigkeit eben nicht unter die Räder kommt.

Aber auch, wenn es darauf ankommt, Kinderbetreuung massiv auszubauen, gleiche Bildungschancen für alle zu erreichen und Familien so zu unterstützen, dass junge Männer und Frauen wirklich frei entscheiden können, wie sie leben wollen, und niemand über sie entscheidet, wie sie leben sollen, liebe Freundinnen und Freunde.

Und nicht zuletzt, wenn es darauf ankommt, die notwendigen Entscheidungen jetzt zu treffen, um auch nachfolgenden Generationen eine Chance zu geben, mit gesunden Lebensgrundlagen ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Es ist unsere Verpflichtung, das zu tun. Die nachfolgenden Generationen, unsere Kinder und deren Kinder, haben Anspruch auf Fairness und wir müssen sie ihnen gewähren, liebe Freundinnen und Freunde.

Das, was ich genannt habe, sind die wirklichen Dimensionen der anstehenden Entscheidung. Das sind die Fragen, um die es wirklich geht, wenn am 18. September entschieden wird. Frau Merkel und Herr Westerwelle haben auf all diese Fragen nicht die Spur von Antworten.

Was sie betreiben, ist ein großes Versteckspiel, ein großes Ablenkungsmanöver. Was sie wirklich bieten, ist eine Inszenierung ohne jede Substanz.

Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde, müssen wir den Menschen sagen, dass es in der Tat bei dieser Bundestagswahl um eine weitreichende Richtungsentscheidung geht; denn zur Wahl stehen nicht nur verschiedene Parteien und Kandidaten, zur Wahl stehen durchaus unterschiedliche Politikkonzepte, vor allem unterschiedliche Gesellschaftskonzepte, und das muss in den nächsten Tagen und Wochen klar werden.

Ich rate, sehr genau hinzuschauen: Frau Merkel und Herr Westerwelle wollen sich in Wahrheit von der sozialen Marktwirtschaft, einer Ordnung, die unser Land stark und erfolgreich gemacht hat, verabschieden. Sie betrachten das Soziale in unserer Marktwirtschaft nicht als wichtigen, als integralen Bestandteil, sondern, wenn man genau hinschaut, schon längst als überflüssig. Sie wollen in der Tat eine andere Gesellschaft, eine Gesellschaft, in der für Solidarität und Gerechtigkeit kaum mehr Platz ist, in der nicht Menschenwürde zählt, sondern wirtschaftliche Verwertbarkeit des Einzelnen, in der Freiheit in der Tat reduziert wird auf bloße Gewerbefreiheit, bei der die großen Lebensrisiken weitgehend privatisiert werden sollen, also eine Ellenbogengesellschaft, in der Neid, Missgunst, Konkurrenz und Egoismus das Zusammenleben mehr und mehr bestimmen werden. Ich sage: Diese Gesellschaft, liebe Freundinnen und Freunde, die Frau Merkel und Herr Westerwelle wollen, ist kalt, sie ist unsolidarisch und sie ist damit auch unmenschlich.

Die Politik von CDU und FDP setzt auf Spaltung in Deutschland - wir haben das erlebt; die Menschen in Ostdeutschland spüren, wovon die Rede ist -, auf Spaltung zwischen Ost und West. Aus kleinlichen parteitaktischen Erwägungen wird das, was wir alle miteinander längst als überwunden glaubten, wieder hervorgeholt und zum billigen Wahlkampfmanöver deklariert.

Eine Spaltung aber auch, in der es in unserer Gesellschaft wenige Gewinner, aber sehr viele Verlierer geben wird, eine Spaltung in oben und unten, mit Steuergeschenken für die ganz oben und Niedriglöhnen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Politik von CDU und FDP zerstört den inneren Frieden in unserem Land.

Sie zerstört Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft. Sie zerstört also, was unser Land stark gemacht hat. Deswegen dürfen diese beiden Parteien am 18. September keine Chance bekommen, liebe Freundinnen und Freunde.

Wir, die Deutschen Sozialdemokraten, werben am 18. September für ein anderes Gesellschaftsmodell, wenn ihr so wollt: für ein anderes Deutschland. Wir kämpfen für Deutschland, für unser Land, das nach innen die Kraft zur Erneuerung und nach außen die Kraft zum Frieden gefunden hat. Wir kämpfen für eine Gesellschaft, die Freiheit für den Einzelnen und Sicherheit für die vielen, soweit es menschenmöglich ist, wirklich gewährleistet, eine Gesellschaft, in der Solidarität und Gerechtigkeit, in der Teilhabe möglichst aller selbstverständlich sind, und

zwar die Teilhabe der Menschen am Wohlstand, der schließlich von ihnen selbst erarbeitet worden ist, ebenso wie die Teilhabe der Menschen an den Entscheidungen in unserer Gesellschaft.

Und wir kämpfen für einen Staat, der wirklich handlungsfähig ist, einen Staat, der sich für Chancengleichheit, für die innere Sicherheit und den sozialen Ausgleich wirklich verantwortlich fühlt, einen Staat, der für die Menschen da ist, wenn sie auf Hilfe angewiesen sind; denn ohne einen solchen starken Staat können zwar die Reichen gut leben, die Schwachen indessen niemals, liebe Freundinnen und Freunde.

Wir haben bewiesen, dass wir die Zeichen der Zeit erkennen, und wir haben bewiesen, dass wir den Sozialstaat durch die Bereitschaft zur Veränderung mit Augenmaß zu sichern in der Lage sind; denn Solidarität in der Gesellschaft und sozialer Ausgleich sind auch Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Es ist schön, dass das von jungen Unternehmern in diesem Land erkannt worden ist und dass sie es aussprechen, liebe Freundinnen und Freunde.

Wer nach den Unterschieden fragt, der muss nur hinhören und hinschauen. Die Unterschiede zur jetzigen Opposition, die es bleiben wird - dafür kämpfen wir -, könnten kaum größer sein.

Die Alternativen liegen doch auf dem Tisch. Die anderen setzen auf Spaltung und Ausgrenzung, wir Sozialdemokraten stehen für Solidarität, für einen Fortschritt, der die Menschen nicht allein lässt, wenn es um

Veränderungen geht, sondern der sie in diesen Veränderungsprozessen mitnimmt. Wir stehen für Integration. Wir wollen die Menschen zusammenführen. Wir stehen für Gemeinsinn. Wir wollen unsere Gesellschaft als Ganzes zusammenhalten. Das ist gute Tradition in der deutschen Sozialdemokratie und das werden wir auch in Zukunft zur Leitlinie unserer Arbeit machen, liebe Freundinnen und Freunde.

Auch darum geht es am 18. September. Deshalb lasst uns dafür kämpfen – bis zum 18. September und weit darüber hinaus -, sehr selbstbewusst und mit aller Leidenschaft, zu der wir fähig sind, liebe Freundinnen und Freunde.

Ich bin ganz sicher, unsere Politik führt das Land in eine gute Zukunft. Denn die Opposition schweigt doch zu den Zukunftsfragen unseres Landes. Stattdessen zeichnet sie ein Zerrbild der Wirklichkeit in Deutschland und schadet unserem Ansehen außerhalb Deutschlands, auch wenn sie von einflussreichen Helfern in Wirtschaftsverbänden und Verlagen unterstützt wird. Wir werden dieses Zerrbild, das da entworfen worden ist und immer noch entworfen wird, denen nicht durchgehen lassen.

Wir werden gemeinsam dafür sorgen, dass nicht vergessen wird: 16 Jahre lang hatten CDU und FDP - übrigens war Frau Merkel immer dabei - unter der Regierung Kohl Zeit. Sie hatten vor den Problemen, die damals schon sichtbar waren, die Augen verschlossen. Sie hatten eben nicht den Mut, den wir aufgebracht haben, zu tun, was getan werden

musste, um Deutschland als Sozialstaat auch in Zukunft zu erhalten, liebe Freundinnen und Freunde.

In der Zeit, als unsere Nachbarn in Holland, in Dänemark, in Schweden und anderswo ihre sozialen Sicherungssysteme erneuert haben, da befanden sich CDU und FDP im Tiefschlaf. Diese Leute, liebe Freundinnen und Leute, haben gependelt, als gehandelt werden musste. Sie sind schon einmal gescheitert, und sie haben nichts dazugelernt. Schaut euch an, was sie verlautbarten, dann werdet ihr es spüren, liebe Freundinnen und Freunde!

Jetzt erleben wir, dass die Verpennten von gestern mit ihren alten Rezepten die Probleme von heute und morgen lösen wollen. Das kann nicht funktionieren. Deswegen werden wir das verhindern, liebe Freundinnen und Freunde.

Ich sage mit Stolz auf das, was wir erreicht haben: Wir haben mit der Erneuerung unseres Landes Ernst gemacht. Wir haben die Kraft zu richtigen und notwendigen Reformen auch und vor allem im Bereich von Wirtschaft und Arbeit aufgebracht. Wir haben nachgeholt, was CDU und FDP fahrlässig versäumt hatten. Wir haben das Land endlich eingestellt auf die beiden riesigen Herausforderungen unserer Zeit: auf die Globalisierung, auf einen ungemein verschärften Wettbewerbsdruck auf allen Märkten und auf einen völlig veränderten Altersaufbau in unserer Gesellschaft.

Mit den Reformen der Agenda 2010 sind wir Sozialdemokraten gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern einen Weg gegangen, um unsere Volkswirtschaft, um unsere Gesellschaft zu modernisieren, um auch für unsere Kinder und deren Kinder zu erhalten, was erhaltenswert ist, nämlich eine sinnvolle Balance zwischen wirtschaftlicher Stärke und sozialem Ausgleich. Nur wir sind in der Lage, das zu schaffen und das durchzuhalten, liebe Freundinnen und Freunde.

Es ist ja interessant: In Europa, in der Welt mehren sich die Stimmen, die uns und unserer Politik dafür ein dickes Lob austeilen. Unter CDU und FDP - noch einmal: Frau Merkel war immer dabei - galt Deutschland als „kranker Mann Europas“. Durch unsere Reformen, durch die Agenda 2010 gilt Deutschland heute als Hoffnungsträger für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa. Darauf können wir stolz sein, darauf müssen wir stolz sein.

Die Tatsachen sprechen eine deutliche Sprache. Auch das wird gelegentlich in den Hintergrund gedrängt. 2004 sind die deutschen Ausfuhren noch einmal um 10 % gestiegen. Unsere Handelsbilanz weist den höchsten Überschuss aller Zeiten auf. Unser Anteil an den globalen Exporten ist auf zuletzt 10 % angewachsen. Kein anderes Land war vor dem Hintergrund des Aufkommens neuer wirtschaftlicher Mächte - heißen sie China oder Indien - und vor dem Hintergrund der Stagnation in der Weltwirtschaft in der Lage, das zu erreichen. Das gibt Auskunft

über die Kraft und Stärke dieses Landes. Das dürfen wir nicht herunterreden lassen, liebe Freundinnen und Freunde.

Ich weiß, die drängendsten Probleme, die wir haben, sind die Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Wer wollte das bestreiten. Die Reformen, die wir auf den Weg gebracht haben, sind über alles gesehen seit Beginn dieses Jahres in Kraft. Niemand, aber auch wirklich niemand konnte erwarten, dass sie innerhalb weniger Wochen und Monate ihre volle Wirksamkeit entfalten würden.

Aber, liebe Freundinnen und Freunde, wer bereit ist, sich mit den Tatsachen auseinander zu setzen, wird zum Beispiel sehen, dass wir es geschafft haben, dass diese Regierung es geschafft hat, in Europa einen der Spitzenplätze bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einzunehmen und bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit derer, die unter 25 Jahre alt sind. Das ist ein Erfolg, den wir uns nicht kleinreden lassen dürfen, liebe Freundinnen und Freunde.

Mehr als 140 000 Beschäftigte haben im ersten Halbjahr 2005 einen sozialversicherungspflichtigen Job in einem neu gegründeten Unternehmen gefunden. Auch das ist etwas, worauf wir hinweisen können und was wir deutlich machen können. Das hat mit den veränderten Rahmenbedingungen in der Wirtschaft zu tun, die wir und nicht die anderen geschaffen haben, liebe Freundinnen und Freunde.

Und wenn ihr Plakate lest, auf denen steht, wir verlören sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, dann geht raus und sagt denen, gestützt auf die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit: Die CDU lügt völlig dreist! Wir gewinnen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Schaut euch bitte die Zahlen an! Seit April dieses Jahres haben wir einen Zuwachs von täglich mehr als 1 500 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen. Das ist das Ergebnis jener Politik, die ich gemeinsam mit Wolfgang Clement konzipiert habe und die zu greifen beginnt, liebe Freundinnen und Freunde. Wir müssen den Menschen sagen, dass sie zu greifen beginnt, dass wir keinen Anlass haben, uns Vorwürfe zu machen. Denn wir sind auf dem richtigen Weg, und wir wollen diesen Weg weitergehen.

Aber nicht nur wirtschaftlich haben wir etwas vorzuweisen. Wir haben durch unsere Reformen die sozialen Sicherungssysteme fit gemacht für die Zukunft. Wir haben das deshalb getan, weil die jetzige Generation doch nicht das aufessen darf, wovon unsere Kinder und deren Kinder noch leben wollen. Auch die haben ein Recht darauf, in gesicherter Zukunft leben zu können, liebe Freundinnen und Freunde.

Wir haben bei der Rente dafür gesorgt, dass die Beiträge finanzierbar bleiben, dass sie stabil sind. Das war nur dadurch möglich, dass das Dach der Rentenversicherung jetzt durch eine zweite Säule gestützt wird: Neben der Umlagefinanzierung haben wir die eigene Vorsorge so

aufgebaut, dass die Menschen in den Betrieben sie auch nutzen können. Dies ist verbunden mit einer Person, der ich sehr dankbar bin: Ich danke Walter Riester ausdrücklich für diese große Reformarbeit, die er auf den Weg gebracht hat.

Wir sind vorangekommen dabei, auch die älteren Menschen nicht einfach aus dem Produktionsprozess abzuschieben. Als wir begannen, vor sieben Jahren, lag das reale Renteneintrittsalter, also der Zeitpunkt, zu dem die Menschen tatsächlich in Rente gehen, bei wenig mehr als 59 Jahren. Wir haben dies um mehr als ein Jahr steigern können. Da müssen wir weitermachen, anstatt dummes Zeug zu reden über die angeblich jetzt notwendige Erhöhung des nominalen Renteneintrittsalters.

Aber es wird noch besser: Wenn wir es schaffen, die Älteren länger in Arbeit zu halten, schaffen wir zugleich eine bessere Finanzierbarkeit eines Systems, das sich wahrlich zu erhalten lohnt. Wenn ich dann diesen Professor aus Heidelberg höre, wie er sich über Renten verbreitet, der meint - das ist nachzulesen -, man könne die Rentenversicherung doch wie die Kfz-Versicherung organisieren, dann wird darin ein Menschenbild deutlich, dass jedenfalls wir aufs Schärfste bekämpfen müssen. Menschen sind keine Sachen und sie müssen anders behandelt werden, als Sachen behandelt werden.

Bei dieser großen Aufgabe, auch die älteren Menschen, die können und wollen, weiter im Arbeitsprozess zu halten, kann nicht nur die Politik

alleine erfolgreich sein. Das ist völlig unmöglich. Denen gegenüber, die so gerne die Probleme, auch die selbst verursachten, bei der Politik abladen, sage ich - genauso wie der deutschen Wirtschaft -: In zwei Bereichen habt ihr eben eine solche Verpflichtung, wie wir sie haben, nämlich bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen für die jungen Leute und dabei, die Älteren nicht an die Seite zu drängen. Das ist nicht nur eine Frage, die die Politik angeht; die geht die ganze Gesellschaft an, also auch die Wirtschaft, meine Damen und Herren.

Wir haben das Notwendige in der Gesundheitspolitik getan. Dabei haben wir das Prinzip, das für Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit ist, immer eingehalten, das Prinzip nämlich, dass die Frage, welche medizinische Versorgung jemand bekommt, nur von der Schwere der Krankheit, aber nicht von seinem persönlichen Einkommen abhängen darf. Dabei bleiben wir auch, liebe Freundinnen und Freunde.

Ich kann nicht alle nennen, mit denen ich im Kabinett arbeite - gerne arbeite, glaubt mir das -, aber ein Wort will ich ganz bewusst zu Ulla Schmidt sagen: Liebe Ulla, jeder von uns weiß, weil es jeder von uns schon gespürt hat, wie sehr man sich in diesem so sehr vermachteten Bereich, in dem so viele unterschiedliche Interessen wirksam sind, wie sehr man sich in diesem Gestrüpp verlieren kann. Du hast es nicht getan. Du hast zu Zeiten, als es eng war, als die Seele mancher kochte, standhaft deinen Kurs gehalten. Dir gebührt ein ganz, ganz großer Teil dieser Erfolge.

Erfolg ist sichtbar: Aus Defiziten der Kassen, die dieses System kaputtgemacht hätten, wenn wir nicht gehandelt hätten, sind Überschüsse geworden, im letzten Jahr ein Turnaround, wie man es neudeutsch sagt, von 4,5 Milliarden Euro. Auch in diesem Jahr gibt es, trotz aller Unkenrufe, Überschüsse von fast 1 Milliarde Euro. Für 40 Millionen Versicherte konnten deshalb die Beiträge gesenkt werden, wenn auch immer noch nicht um so viel, wie wir das wollten. Deshalb appelliere ich: Das, was ihr an Überschüssen durch unsere Politik erwirtschaftet, ist gedacht zur Beitragssenkung, nicht zur Erhöhung der Vorstandsgehälter - damit das klar ist!

Ich weiß, dass am umstrittensten die Reformen auf dem Arbeitsmarkt waren, gelegentlich auch unter uns, mit unseren Freunden in den Gewerkschaften. Das kann bei solchen Prozessen auch nicht anders sein. Denn natürlich berühren diese Veränderungen viele Menschen. Aber Bärbel Dieckmann hat zurecht darauf hingewiesen: Wir alle haben gewusst und zu lange geduldet, dass die unterschiedlichen Systeme gleichsam als Verschiebebahnhöfe für Menschen benutzt worden sind. Wir haben dafür gesorgt, dass Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zusammengelegt werden, aber das ist doch nicht eine formale Frage. Dabei ist es um etwas gegangen, nämlich darum, die Menschen, zumal die jungen, die bereits am Anfang ihres Berufslebens Sozialhilfekarrieren vor sich hatten, da rauszuholen und sie in Vermittlung zu bringen, auf

dem Arbeitsmarkt unterzubringen. Das ist das Ziel, das sich mit den Reformen verbindet.

Zwischen 300 000 und 400 000 Menschen, die in der Sozialhilfe versteckt waren, obwohl sie arbeitsfähig - jedenfalls zum Teil arbeitsfähig - sind, darunter 180 000 junge, haben wir dort herausgeholt. Das ist doch wirkliche Solidarität: den Menschen eine Perspektive zu geben, eine Perspektive, die Hilfe zu Selbsthilfe heißt. Nichts anderes kann unter Solidarität verstanden werden, auch und gerade in diesem Bereich, liebe Freundinnen und Freunde.

Es ist doch ein Armutszeugnis einer Gesellschaft, in deren Mittelpunkt nicht nur von verfassungs wegen, sondern auch der Emotionen wegen die Würde des Menschen steht. Es ist doch ein Armutszeugnis, 400 000 Leute in der Sozialhilfe zu lassen, obwohl man ihnen eine Chance geben könnte, übrigens eine Chance - das gehört auch zu Solidarität -, die sie ergreifen müssen. Wir fordern nicht nur, wir fördern auch. Aber fordern müssen wir auch, liebe Freundinnen und Freunde.

Wir sind, was die Ordnung auf den Arbeitsmärkten angeht, dagegen vorgegangen, dass es dubiose Geschäftspraktiken gibt, mit denen arme Teufel aus den osteuropäischen Ländern ausgebeutet werden und hier eingesetzt werden, um Lohndumping zu betreiben. Wir haben das beendet und sind immer noch dabei, dieses sehr konkret zu bekämpfen. Andere haben es laufen lassen, aus welchen Interessen heraus auch immer.

Ich sage in diesem Zusammenhang ausdrücklich: Die Frage wie wir umgehen mit Menschen aus Ländern, die jetzt zur Europäischen Union gehören, das ist eine Frage, die uns natürlich alle betrifft. Gelegentlich spüren sie die Ängste, die die Menschen vor Konkurrenz aus diesen Ländern auf dem jeweiligen Arbeitsmarkt haben. Wir spüren das, wir nehmen es auf. Wir müssen darüber reden was die Ursachen für diese Wanderungsbewegungen sind. Die Ursache, liebe Freundinnen und Freunde, ist doch nicht die Europäische Union, die Ursache ist der Fall des Eisernen Vorhangs. Dadurch sind die Menschen frei geworden, dadurch können sie reisen, dadurch können sie ihre Arbeitskraft anbieten. Den Fall des Eisernen Vorhangs können wir doch nicht rückgängig machen wollen. Wir müssen damit fertig werden, durch kluge Politik. Das ist die Aufgabe, die wir haben.

Die Hereinname dieser Länder in das Geflecht der europäischen Verträge, in die Europäische Union, gibt uns die Möglichkeit, gestützt auf Regeln, die wir beeinflussen können, dafür zu sorgen, dass das nicht planlos, nicht chaotisch verläuft, sondern dass es eine Ordnung hat, eine Ordnung, die wir auf unseren Arbeitsmärkten wollen.

Wer in Europa eine Dienstleistungsrichtlinie macht, dem sage ich sehr deutlich: Wir wissen, dass Freizügigkeit auch heißt, dass auch Dienstleistungen bei uns angeboten werden können. Aber wir werden mit unseren Partnern in der Kommission, in den anderen Ländern, dafür sorgen, dass die Dienstleistungen hier angeboten werden müssen zu

den Lohnbedingungen, die hier gelten, zu den Arbeitsschutzbedingungen, die hier gelten, zu den ökologischen Bedingungen, die hier gelten. Das ist die Aufgabe, die wir haben, und dafür werden wir sorgen, liebe Freundinnen und Freunde.

Es lohnt, sich zu diesem Zeitpunkt noch einmal mit der anderen Seite auseinander zu setzen. Es lohnt für uns, weil, wenn alle sprachfähig sind, wir besser argumentieren können. Was haben Sie denn in der jetzigen Situation vor und welche Wirkungen würde es haben? Auch das muss diskutiert werden. Ich will ein paar Punkte nennen.

Erstens. Ausgerechnet in einer Situation in der die Kaufbereitschaft der Menschen allmählich wieder zunimmt und die Verbraucher neues Vertrauen fassen, sagt die Union: Rauf mit der Mehrwertsteuer! Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer - das muss man dieser berühmten Partei mit den paar Buchstaben sagen, also einer Partei, deren Anhang in einer Telefonzelle Platz hätte -, ausgerechnet in der jetzigen Situation, ist ökonomisch schädlich, weil es die Konjunktur wieder in den Keller treiben würde, und es ist sozial ungerecht, liebe Freundinnen und Freunde.

Dazu nur ein paar Zahlen: 53 Prozent aller privaten Haushalte werden durch eine höhere Mehrwertsteuer stärker als bisher belastet. Für Familien mit Kindern zum Beispiel wird es teurer, weil die Waren für den täglichen Bedarf natürlich im Preis steigen werden. Die Mieten werden steigen und Autofahrer werden noch höhere Benzinpreise bezahlen.

Rentner, Arbeitslose werden doppelt betroffen. Für sie wird das Leben teurer, sie haben aber nichts von einer - nur angekündigten - Senkung der Lohnnebenkosten. Die Mehrwertsteuer von Frau Merkel ist eine Gefahr für die wirtschaftliche Erholung und sie ist ein Stück Anschauungsunterricht für dort produzierte Ungerechtigkeit im Sozialen, liebe Freundinnen und Freunde.

Zweitens - wir haben alle das, was Uwe Hück gesagt hat, in guter Erinnerung -: Frau Merkel und die CDU wollen den Gewerkschaften das Kreuz brechen. Arbeitnehmerrechte sollen auf breiter Front abgebaut und beseitigt werden, Kündigungsschutz soll es bei Neueinstellungen faktisch nicht mehr geben. Sie sagen, eine solche Politik führe zu mehr Beschäftigung - wer es glaubt, mag selig werden.

Liebe Freundinnen und Freunde, das ist nicht eine Politik, die zu mehr Beschäftigung führt. Wer, wie CDU und FDP, die Arbeitnehmerrechte beschneiden, die Mitbestimmung einschränken, wenn nicht gar abschaffen will, der legt die Axt an die Wurzeln der sozialen Marktwirtschaft. Denn sie ist immer dadurch gekennzeichnet gewesen, dass Arbeitnehmer und ihre Vertretungen sowie Arbeitgeber und deren Vertretungen die Arbeitsbedingungen auf gleicher Augenhöhe aushandeln konnten.

Wir haben die Reformen, die wir durchgesetzt haben, nicht ohne Friktionen, nicht ohne Schwierigkeiten - jeder hier weiß das - durchgesetzt. Aber wir haben dafür sorgen können, dass die

Auseinandersetzungen in den politischen und gesellschaftlichen Institutionen stattfinden. Wenn das, was die an sozialem Kahlschlag vorhaben, durchgesetzt werden könnte, dann - das ist klar - würde es in Deutschland im Inneren weniger friedlich zugehen, als es bis jetzt zugeht, liebe Freundinnen und Freunde. Auch das muss man einmal sehr laut und sehr deutlich klar machen.

Wir wollen uns da nichts vormachen: Jeder von uns weiß, dass wir über die Frage der Reformen auf dem Arbeitsmarkt, im Gesundheitssystem auch harte Auseinandersetzungen mit unseren Freunden in den Gewerkschaften hatten, nicht zuletzt mit denen, die hier Gott sei Dank in der ersten Reihe sitzen. Es wäre falsch, wenn man das verschweigen wollte. Aber uns unterscheidet eines von den anderen: Wir haben im Inneren begriffen, dass funktionsfähige Gewerkschaften ein sicherndes Element für eine demokratische Gesellschaft sind.

Sich zu streiten, ist das eine. Das muss gelegentlich sein. Aber eines können die Millionen in den Betrieben wissen: Niemand in der deutschen Sozialdemokratie wird es zulassen, dass die zentrale Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, dass die Fähigkeit, auf gleicher Augenhöhe mit den anderen Arbeitsbedingungen auszuhandeln, kaputt gemacht wird. In dieser Frage habt ihr uns an eurer Seite, auch wenn wir es manchmal schwer miteinander hatten, liebe Freundinnen und Freunde.

Ich nenne einen weiteren Punkt, der das betrifft, was ich von unserer Seite als Erfolg habe darstellen können, nämlich die Gesundheitspolitik. Die Union - und die anderen erst recht - will in der Gesundheitspolitik den Ausstieg aus der solidarischen Versorgung. Auch mit semantischen Tricks ist nichts zu kaschieren: Die Kopfprämie, die die vorhaben, ist unfinanzierbar, vor allem ist sie sozial zutiefst ungerecht, liebe Freundinnen und Freunde.

Wir sind schlicht dagegen, dass es noch als solidarisches Gesundheitssystem gilt, wenn der Spitzenmanager genauso viel zur Finanzierung beiträgt wie die Frau, die seine Büros putzt. Wir halten das für ungerecht. Das ist eine Umverteilungspolitik von unten nach oben. Die wird es jedenfalls mit uns nicht geben.

Liebe Freundinnen und Freunde, um es notdürftig zu kaschieren, sagen sie: Wir werden ja den Schwächeren schon ein bisschen über die Steuer helfen. - Wieder über die Steuer! Man muss sie einmal sehr konkret fragen: Woher wollt ihr denn das Geld tatsächlich nehmen? Denn eure Mehrwertsteuererhöhung habt ihr doch für etwas anderes verplant. Woher sollen jene 25 Milliarden kommen, die umverteilt werden müssten, wenn man das System einigermaßen justieren wollte? Woher sollen die kommen? - Keine Aussage darüber! Und im Übrigen keine Aussage darüber, dass das eine gigantische Umverteilungsbürokratie

bedeuten würde. Das ist konkreter Bürokratieaufbau und nicht -abbau, von dem die da reden, liebe Freundinnen und Freunde!

Sehr interessant ist: Sie sagen dann „Wir brauchen mehr Flexibilität und Mobilität in den Betrieben“. In der Tat brauchen wir das. Aber wie wird denn gehandelt? - In einer Situation, in der wir den Beschäftigten sagen müssen „Wenn an dem Ort, wo ihr wohnt, keine Arbeit ist, dann müsst ihr in Kauf nehmen, zum Arbeitsplatz zu fahren“ - das ist nun einmal so -, kommen die her, reden über Flexibilisierung und Mobilität und wollen gleichzeitig die Pendlerpauschale kaputtmachen! Das ist konkrete Politik! Ich sage den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesem Land: Guckt euch genau an, was da auf euch zukommt; ihr werdet diejenigen sein, die davon in Mitleidenschaft gezogen werden!

Das sind keineswegs nur ein paar, die betroffen wären. 30 Millionen Berufspendler wären von den Streichungen und Kürzungen bei der Pendlerpauschale betroffen. Fernpendler, die mehr als 50 km Weg zur Arbeit zurücklegen müssen, könnten nach den Merkel-Plänen zwischen 550 € und 1.750 € weniger von der Steuer absetzen. Das, meine Damen und Herren, sind die ganz konkreten Folgen einer Politik, die sich auf Begriffe wie Mobilität und Flexibilität beruft, die aber genau zum Gegenteil dessen führen wird! Das ist auch ökonomische Unvernunft. Ich hoffe, irgendein Berater wird denen das irgendwann sagen.

Schließlich wollen wir auch das unter das Wahlvolk bringen: Wer sonntags, feiertags oder nachts arbeitet, macht das in aller Regel nicht aus freien Stücken, sondern weil es sein muss, weil Produktionsabläufe das erfordern oder bestimmte Dienste, wie die in den Krankenhäusern, im Interesse der ganzen Gesellschaft sind und rund um die Uhr angeboten werden müssen. Ich denke an die Krankenschwester, die Pflegekräfte, die Feuerwehrleute, die Polizisten. Ihnen allen - insgesamt 9 Millionen Schichtarbeitern - will Frau Merkel, will Herr Kirchhof die Zuschläge besteuern. Die Gewerkschaft IG BCE hat mal ausgerechnet, was das für einen relativ gut verdienenden Facharbeiter im Chemiebereich bedeuten würde. Ein Chemiefacharbeiter, verheiratet, zwei Kinder, hat 2.500 € im Monat. Der hätte, wenn es nach Frau Merkel ginge, rund 350 € im Monat weniger. Im Monat! Da ist die Pendlerpauschale noch nicht eingerechnet. Der Herr Kirchhof - jener Professor aus Heidelberg - hat in einem Interview gesagt, das könnten die sich ja arbeitsrechtlich zurückholen. „Arbeitsrechtlich“ heißt: über Lohnverhandlungen. Die gleiche Gewerkschaft hat ausgerechnet, was das bedeuten würde. Wenn der einigermaßen wieder gleich gestellt werden wollte - was er ja will und was man auch verstehen kann -, dann müsste, bezogen auf den Bruttolohn - das sage ich ausdrücklich, damit das nicht zu Verwechslungen führt -, die nächste Tarifierhöhung um 17,7 % nach oben gehen. Dann hätte der Mann das arbeitsrechtlich wieder, was Frau Merkel und Herr Kirchhof ihm aus der Tasche ziehen wollen. Nun haben wir alle ja die Erfahrung gemacht, dass es schon

einer Reihe von Beratern bedarf, um die wirtschaftspolitische Unkenntnis dieser Kandidatin einigermaßen auszugleichen.

Aber, ich glaube, die fände nicht einmal in Herrn Hundt den Rat „17,7 % lassen sich dort machen“. Ich glaube nicht, dass er das machen würde, liebe Freundinnen und Freunde.

Ich will noch ein weiteres Beispiel nennen. Bei dem geht es um Finanzpolitik und um jenen Professor, den ich erwähnt habe. Er mag ja als Professor für öffentliches Recht leidlich sein. Ich weiß es nicht. Ich habe es nicht feststellen können, bisher jedenfalls nicht. Aber eines weiß ich: Eine ungefähre Vorstellung von der Lebenswirklichkeit einfacher Menschen hat dieser Mann jedenfalls nicht.

Wir werden noch darauf zurückkommen müssen. Hier will ich mich damit begnügen, auch einmal deutlich zu machen, welche Gesellschaftsmodelle diese Leute, die da rings um diese Dame herum sind, vor sich hertragen, was sie zum Beispiel in der Familienpolitik sagen - auch wieder jener Professor, der für die Steuern verantwortlich ist, was ja für die Familien nicht ganz unwichtig ist, wie wir alle wissen. Er sagt - ich will ihn jetzt mal ausnahmsweise zitieren - über sein Familien- und Frauenbild - Eva, hör dir das gut an -: „Die Mutter macht in ihrer Familie Karriere. Der Vater findet seine Identität, wenn er die ökonomischen Grundlagen der Familie beschafft.“

- Moment! Als ich das aufgeschrieben bekam, habe ich gedacht: Leute, das ist doch aus dem 19. Jahrhundert! Da war das gang und gäbe. Das ist ja nicht einmal Rückkehr ins 20. Jahrhundert - was schlimm genug wäre -, Rückkehr in die 50er-Jahre, nein, dies ist wirklich Rückkehr in das 19. Jahrhundert.

Ich sage genauso klar: Wenn er gerne so lebt und seine Familie auch, dann sei es ihnen gegönnt. Es ist dann ihr spezifischer Traum von einem glücklichen Leben.

Darüber sollte man sich gar nicht aufregen. Das darf nur nicht zum gesellschaftspolitischen Leitbild werden! Das ist der Punkt.

Deshalb möchte ich einen Moment für uns alle, aber auch für die andere Seite sagen: Es mag Menschen geben, die so leben wollen. Die sollen das dann auch tun. Es gibt übrigens auch welche, die so leben können; denn das bedeutet ja auch, die materiellen Voraussetzungen dafür zu haben. Das mag sein.

Aber, liebe Freundinnen und Freunde, uns unterscheidet von den anderen, dass wir sehr genau wissen, dass es ganz, ganz viele gibt, die so gar nicht leben wollen, aber auch nicht leben könnten, zum Beispiel

Alleinerziehende. Für die ist im Familienmodell dieser Leute überhaupt kein Platz, liebe Freundinnen und Freunde.

Ich habe gelernt, was es bedeutet, wenn Herr Kirchhof sagt: Es ist am besten, Vater und Mutter zu haben. - Das ist wahr. Aber es gibt viele Familien, in denen das nicht oder nicht mehr der Fall ist. Nicht jeder ist in der Lage, das mit Angestellten zu ersetzen. Um alle die Menschen, bei denen das nicht der Fall ist, zum Beispiel die Alleinerziehenden - ob Frau oder Mann -, geht es uns eben auch - und nicht zuletzt um die. Deshalb auch ein gemeinsames Signal von diesem Parteitag: Lasst uns dafür arbeiten! Lasst uns auch dafür streiten, dass die Kinder von Alleinerziehenden die gleichen Lebenschancen, die gleichen Rechte, die gleichen Möglichkeiten bekommen wie die Kinder anderer.

Lasst uns ganz selbstbewusst in diesem Wahlkampf sagen, was uns hier unterscheidet. Uns unterscheidet schon ein anderes Gesellschafts- und Familienbild. Wir wollen wirkliche Wahlfreiheit. Wir wollen niemandem oktroyieren, wie er leben soll. Die anderen wollen das, indem sie die materiellen Grundlagen für die Lebensweise, die ihnen nicht passt, verwehren. Das ist der Unterschied. Das müssen wir klarmachen, weil das über die Zukunft unseres Landes entscheidet, liebe Freundinnen und Freunde. Wir können das selbstbewusst tun, weil wir dort weitergekommen sind.

Weil ich beim Materiellen bin, muss ich ein Wort über deren Verteilungspolitik, über deren Steuerpolitik sagen. Wes Geistes Kind jener Herr ist, der sich da durchgesetzt hat, wenn man sich seine steuerpolitischen Vorschlägen anguckt, kann man aus einer Notiz erfahren, die gerade heute Morgen veröffentlicht worden ist. Ich muss die einmal vorlesen, liebe Freundinnen und Freunde. Es gibt da eine dpa-Meldung. Die kommt am Anfang etwas merkwürdig daher. Aber sie wird am Ende ganz interessant. Ich lese sie einmal vor. Der Finanzexperte aus dem Wahlkampfteam von Unionskanzlerkandidatin Angela Merkel, Paul Kirchhof, ist mit Angaben zu seinem Steuermodell auf Widerspruch aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gestoßen. Kirchhof hatte der „Neuen Presse“ in Passau am Dienstag gesagt, eine Sekretärin mit 40 000 € Jahresgehalt zahle in seinem Modell - es wird noch besser - 4 000 € Steuern. Dagegen rechnete Unionsfraktionsvize Michael Meister der Zeitung am Mittwoch vor, für eine ledige Sekretärin betrage die Steuer nach Paul Kirchhofs Modell 6 750 €. Jetzt wird es schön. Kirchhofs Mitarbeiter in der CDU-Zentrale erläuterte diese Diskrepanz: Gemeint sei keine ledige oder verheiratete Sekretärin, sondern gemeint sei eine rechnerische Größe, die - Zitat - „Durchschnittssekretärin“.

- Es wird noch besser. Liebe Freunde, ich muss noch zwei Sätze vorlesen: Bei dieser Modellrechnung sei unterstellt, dass die Sekretärin 1,3 Kinder habe und zu einem gewissen Prozentsatz verheiratet sei.

Dann - so endet die Meldung - ergebe sich eine durchschnittliche Belastung von 4 000 € bei den Steuern. Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, das ist schon ein Grund zur Fröhlichkeit, aber auch Grund zur Nachdenklichkeit. Die nachdenkliche Frage muss zweierlei heißen: Erstens. Kann man einem solchen Menschen das Finanzministerium anvertrauen?

Die zweite Frage geht weiter. Frau Merkel hat ja erklärt, die Vorschläge, die da gemacht würden, müssen wir ja nicht gleich verwirklichen; die könne man ja mal ausprobieren. Die Frage stellt sich doch wohl: Kann man einer solchen Frau, die so etwas ausprobieren will, das Kanzleramt anvertrauen? - Man kann es nicht.

Ich muss es mir versagen, die Verluste im Einzelnen für verschiedene Personen- und Berufsgruppen genau auszurechnen. Es gilt das gesprochene Wort und ich bitte die schreibende und sendende Zunft, darüber nicht hinwegzugehen. Aber aus Zeitgründen will ich die einzelnen Beispiele gar nicht nennen, die dazu führen würden, dass das Steuermodell, das da propagiert wird, zwei Dinge jedenfalls leistet, zum einen: Es fehlten 42 Milliarden € in der Staatskasse auf allen Ebenen. Das ist die Konsequenz der Umsetzung dieses Steuermodells. Das würde bedeuten, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde: weniger für innere Sicherheit, weniger für Forschung und Entwicklung, weniger für die Betreuung von Kindern, weniger für die Familien. Das würde das konkret bedeuten und nichts

anderes. Alles andere ist der Versuch, etwas zu kaschieren, was dieses Land wirklich schwerstens in Mitleidenschaft ziehen würde.

Wenn man sich das anschaut und die Verluste wertet für die viel gepriesenen kleinen Leute, die ja häufig die Großen sind, dann ist doch wohl klar, dass jenes Wort des besonders radikalen Sozialdemokraten, den ich verehren gelernt habe, jenes Wort von Helmut Schmidt vom Raubtierkapitalismus, auf das, was sich da vollziehen soll, wirklich anzuwenden ist, liebe Freundinnen und Freunde.

Nein, Merkel-Politik, das wäre für die große Mehrheit in unserem Land Minus-Politik. Die Politik, die sie vorhat, ist eine Politik gegen die Interessen der Mehrheit in diesem Land. Deswegen haben wir guten Grund, alle Kräfte zu mobilisieren, um die Durchsetzung dieser Politik im Interesse Deutschlands zu verhindern, liebe Freundinnen und Freunde.

Ein paar Bemerkungen muss ich machen zur erweiterten PDS, wenige Bemerkungen, wie sicher fast alle hier verstehen, wenige Bemerkungen deswegen, weil man klarmachen muss, dass die, die sich dort zusammengefunden haben, wenn sie je die Chance hätten, Deutschland verantwortlich zu führen, dieses Land außenpolitisch isolieren und im Innern wirklich in arge wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen würden, und das ist noch sehr zurückhaltend ausgedrückt, liebe Freundinnen und Freunde. Sie würden unser Land außenpolitisch isolieren und innenpolitisch und gesellschaftspolitisch wirklich nur Schwierigkeiten heraufbeschwören; denn ihr eigentliches Programm ist ja, dass sie die

illusorische Vorstellung haben, wir könnten gleichsam ein unsichtbare, eine virtuelle Mauer um unser Land herum schaffen und mit nationaler Politik das ausgleichen, was die Globalisierung an Herausforderungen für uns bedeutet. Das ist völlig illusionär, am illusionärsten für ein Land wie Deutschland, das so angewiesen ist auf offene Märkte überall in der Welt und das aus diesem Grunde natürlich auch offen sein muss, liebe Freundinnen und Freunde.

Im Übrigen haben beide Spitzenfiguren in ihrer politischen Laufbahn jedenfalls eines bewiesen: dass sie die Klamotten hinschmeißen und abhauen, wenn es eng wird. - So kann man ein Land nicht führen, liebe Freundinnen und Freunde.

Wir haben, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, einen harten, einen schwierigen Weg hinter uns, einen Weg der Erneuerung unseres Landes nach innen und der außenpolitischen Positionierung als mittlere Macht des Friedens nach außen. Wir wollen diesen Weg mit aller Kraft, über die wir verfügen, weitergehen. Dieser Weg, den wir miteinander gehen, hat auch eine andere Komponente. Das, was wir tun, hat noch eine andere Seite, die nämlich darin besteht, dass wir den Menschen erklären können, was wir mit den Ressourcen, über die unser Land verfügt und die wir durch den Reformprozess verbessern, tatsächlich machen. Das ist mir wichtig. Wir tun das, was wir tun, doch auch, um Kräfte frei zu bekommen und um Mittel frei zu bekommen, um sie für die Zukunft unseres Landes investieren zu

können. Was heißt das konkret? Schaut euch an, was wir in der Familienpolitik gemacht haben und was wir für die Kinder dieses Landes getan haben. Es gibt eine ganze Stufenfolge dessen, was wir getan haben oder was vorbereitet ist. Das ist vergessen und konsumiert; ich verstehe das. Das Kindergeld beträgt jetzt pro Kind 154 Euro im Monat. Es war kein Pappenstil, das durchzusetzen. Das hat Milliarden gekostet. Wir sind dann herangegangen, liebe Freundinnen und Freunde, weil wir es sind, die wieder einmal als Erste gespürt haben, dass das nicht reicht, wenn man Gerechtigkeit für Frauen und Männer in dieser Gesellschaft will. Wir sind dann herangegangen und haben gesagt, wir müssen andere Betreuungsansätze finden und wir müssen viel, viel besser werden, als wir bislang sind. Wir haben für diese Legislaturperiode 4 Milliarden Euro in die Hand genommen und haben gesagt: Länder und Kommunen, nehmt das Geld, aber nehmt es so, dass es an den Ausbau der Ganztagsbetreuung in unseren Schulen gebunden ist. Das war der zweite Schritt, liebe Freundinnen und Freunde, und der muss weitergeführt werden.

Der dritte Schritt: Als wir Sozialhilfe und Arbeitshilfe zusammengelegt haben, wussten wir, dass die Kommunen dabei sehr, sehr gut gestellt werden würden, dass sie dabei Geld gewinnen würden. 2,5 Milliarden Euro haben wir angenommen. Die geben es nicht zu; das weiß ich und verstehe es auch. Aber wahrscheinlich ist es mehr. Das ist ja auch so in Ordnung. Wir haben dann gesagt und dies per Gesetz umgesetzt: Wir

wollen, dass ihr von den 2,5 Milliarden Euro wenigstens 1,5 Milliarden Euro nehmt, um es in die Betreuung der unter Dreijährigen zu investieren, denn das ist ebenso nötig. Wir haben dort Defizite, die wir uns nicht länger leisten können, liebe Freundinnen und Freunde.

Es gibt eine vierte Stufe, die mit dem Elterngeld zu tun hat. Ja wir wollen, weil die Skandinavier gute Erfahrungen damit gemacht haben, jungen, gut ausgebildeten Menschen ermöglichen, Kinder zu bekommen, ohne ihre Karriere aufgeben zu müssen. Das wollen wir in der Tat. Deswegen werden wir zur Mitte der Legislaturperiode das Elterngeld einführen. Das ist eine gute und bewährte Maßnahme, um etwas zu bekommen, was den Reichtum unseres Landes nicht zuletzt ausmacht, nämlich die Kinder dieses Landes und deren Perspektive.

Und da ich schon bei der Bildung bin - ihr habt doch in dem Film gesehen, aber es ist notwendig, es immer wieder zu betonen -: Wir sind diejenigen, die dafür stehen, die dafür gekämpft haben und die jetzt und in Zukunft dafür stehen, dass die Frage, ob ein junger Mann bzw. eine junge Frau zu Deutschlands hohen oder höchsten Schulen kann, niemals vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein darf, sondern nur von seinen Begabungen.

Das ist übrigens der Grund dafür, dass wir gesagt haben, wir wollen keine Gebühren für das Erststudium, weil es eine Rolle rückwärts wäre. Das ist der Grund dafür, dass wir dabei bleiben, liebe Freundinnen und Freunde.

Wir sind doch diejenigen gewesen, die, lange bevor andere auf den Innovationszug gesprungen sind, dafür gesorgt haben, dass die Mittel für Forschung und Entwicklung dramatisch erhöht werden. Wir haben den Haushalt um weit mehr als 30 Prozent gesteigert. Wir sind es, die die Felder für Deutschland erschlossen haben, in denen die wirtschaftliche Musik in Zukunft gespielt wird: in den Informationstechnologien, in den Biotechnologien, in der Nanotechnologie. Hier sind wir erfolgreich gewesen. 800 Millionen Euro haben wir allein in die Biotechnologie gesteckt. Dadurch ist Deutschland führend auf der Welt, und das soll so bleiben, liebe Freundinnen und Freunde.

Ich will durchaus einen Punkt nennen, der im Wahlmanifest steht und den ich persönlich überhaupt nicht verstecken will. Ich habe mit vielen Leuten geredet, die sich darüber verbreiten, dass es zu wenig Investitionen in Forschung und Entwicklung gibt, obwohl wir bei den großen Gesellschaften in Europa zu den besten gehören. Franz und ich haben darüber diskutiert - übrigens schon im letzten Jahr; ich sage das, damit keine Legenden gebildet werden -, ob es nicht gerechtfertigt ist, zu sagen: Diejenigen, die als Ledige ein versteuerbares Einkommen von 250.000 Euro und als Verheiratete von 500 000 Euro haben, denen ist nun wahrlich zuzumuten, 3 Prozent draufzulegen, die an Forschung und Entwicklung gebunden werden. Ich habe damit kein Problem. Viele, mit denen ich meines Berufes wegen darüber zu reden habe, haben damit auch kein Problem. Es ist keineswegs so, dass diese Gesellschaft aus

sich heraus, wenn man ihr nicht die falschen Konzepte auferlegt, nur egoistisch wäre.

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, am 18. September steht all dies zur Wahl, aber noch ein paar Dinge mehr. Wir haben in den letzten Jahren etwas erreichen können, was ich für beispielhaft halte. Das betrifft die Energiepolitik. Ich weiß wirklich, worüber ich da rede - in den anderen Fragen weiß ich es natürlich auch; ich glaube, ihr habt es gemerkt -, da ganz besonders. Mich beschäftigt die Frage, wie wir eigentlich mit der Atomenergie seit Mitte der 80er-Jahre umgehen. Volker Hauff ist hier; wir erinnern uns alle an den Parteitag in Nürnberg, den es seinerzeit gab, als wir den Atomausstieg in Angriff genommen haben. Es gab einen berühmten Beschluss dieser Partei. Darin waren die Bedingungen genau genannt, die erfüllt sein müssten, wenn wir das schaffen wollen. Denn es handelt sich dort um Einrichtungen hoch konzentrierten Kapitals, die man nicht einfach so beiseite schieben kann. Die Bedingungen waren: politische Macht im Bund, eine Mehrheit in den Ländern und eine gesellschaftspolitische Unterstützung. Wir haben dafür lange arbeiten müssen. Ich habe dafür gearbeitet, seit ich Ministerpräsident in Niedersachsen war, also seit den 90er-Jahren. Ich erinnere daran, dass es am Anfang hieß „Konsens ist Nonsens“ auch in der eigenen Partei - gelegentlich. Wir haben nicht locker gelassen und haben immer wieder neu angefangen. Wir haben gesagt, wir werden es schaffen. Als wir 1998 die Regierungsmacht

übernommen hatten, haben wir weitergemacht. Wir haben eine Übereinkunft mit der Energiewirtschaft getroffen, als die Entsorgungsprobleme der Stromwirtschaft noch in keiner Weise gelöst waren; sie sind es ja bis heute nicht. Wir haben eine Form gefunden, um diese Art der Energieumwandlung zu beenden. Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben mehr getan. Wir haben daneben das getan, was für die Zukunft unserer Gesellschaft von unerhörter Bedeutung ist. Wir haben mit einer Massivität wie in keinem anderen Land auf erneuerbare Energien gesetzt und diese ausgebaut.

Inzwischen gibt es keinen Kollegen aus einem Entwicklungsland oder auch aus einem Schwellenland mehr, der nicht nach Deutschland käme und mich fragte: „Was können wir lernen, um diese Form der Energieproduktion bei uns hinzubekommen? Denn sie ist à la longue preiswerter als jede andere Form. Deswegen setzen auch und gerade wir darauf.“

Wir haben Kyoto nicht nur beschrieben, sondern wir haben die Konsequenzen aus Kyoto in handfeste Politik umgesetzt. Auch da waren wir vorbildlich. Wir haben eine Politik auf dem Felde der Ökologie gemacht, die - das gestehe ich ein - nur in dieser Konstellation zu machen war, liebe Freundinnen und Freunde, und in keiner anderen. Wir haben die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen tatsächlich gewährleistet und eine Politik gemacht, die etwas für die Zukunft unserer Kinder und deren Kinder tut.

Wenn ich jetzt in einer großen Wirtschaftszeitung lese, dass das, was wir vereinbart haben, umgestoßen werden soll und dass man jetzt wieder Laufzeiten bei den Kernkraftwerken von 60 Jahren - so Herr von Pierer - will, dann kann ich nur sagen: Heinrich, mir graut vor dir!

Liebe Freundinnen und Freunde, lasst uns in dieser Auseinandersetzung auch den Kampf um die folgenden Fragen führen: Wer tut wirklich praktisch etwas für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen? Wer ist wirklich derjenige und redet nicht nur sonntags in der Kirche darüber, der Respekt vor der Schöpfung hat? Wir sind es, die etwas dafür tun, und die anderen machen das Gegenteil, liebe Freundinnen und Freunde.

Ich will abschließend einige Bemerkungen zu dem machen, was aus Europa und in Europa auf uns zukommt, was unser Auftrag ist, und dann noch etwas zur internationalen Politik sagen.

Liebe Freundinnen und Freunde, die deutschen Sozialdemokraten waren und sind immer die Partei guter Europäer gewesen. Die deutschen Sozialdemokraten haben dieses Europa nie in einen Krieg geführt oder sich dafür ausgesprochen.

Die deutschen Sozialdemokraten sind diejenigen, die schon in den 20er-Jahren des letzten Jahrhunderts über diese Fragen diskutiert haben: Wie schaffen wir die Integration Europas? Wie schaffen wir die Vereinigten Staaten von Europa? - Das ist Zukunftsmusik, möglicherweise eine, die nie ganz so erklingen wird, wie das seinerzeit diskutiert wurde. Aber

eines ist geblieben: Wir sind die Partei, die dafür steht, dass die europäische Integration Fortschritte macht, auch wenn es gegenwärtig schwierige Zeiten zu überstehen gilt. Wir sind die Partei, die begriffen hat, liebe Freundinnen und Freunde, dass durch den Fall des Eisernen Vorhangs und die Einigung Europas - wenn ihr so wollt: des guten alten Europas - die irrsinnige Chance besteht, diesen Kontinent zu einem Ort dauerhaften Friedens und dauerhaften Wohlergehens zu machen. Das ist eine Chance, die wir doch wohl realisieren müssen.

Damit stehen wir in der Tradition sozialdemokratischer Politik in der Nachkriegszeit, in der Tradition der Integrationspolitik, der Friedenspolitik von Willy Brandt und Helmut Schmidt. Ich sehe dort Erhard Eppler, Egon Bahr und wie sie alle sitzen, Gott sei Dank auch Annemarie Renger. In dieser Tradition bewegt sich unsere, bewegt sich meine europäische Politik, genauso wie die von Günter Verheugen.

Die Probleme, die es bei den unterschiedlichen Richtlinien gibt - ich habe sie genannt -, sind lösbar, allemal wenn man das mit dem vergleicht, was wir hätten, wenn es dieses einige Europa nicht geben würde.

Ich bin sicher, liebe Freundinnen und Freunde, Genossinnen und Genossen, dass unsere Kinder und deren Kinder uns böseste Vorwürfe gemacht hätten, wenn wir aus Angst davor, dass Probleme zu lösen sind, diese riesige Chance der Einigung Europas verpasst hätten. Sie hätten uns zu Recht Vorwürfe gemacht.

In diesem Zusammenhang - auch eine gute Tradition sozialdemokratischer Politik - liegt mir eines am Herzen: Wir, die Deutschen, müssen dafür sorgen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund unserer gemeinsamen Geschichte mit Russland, dass wir es schaffen, zu Russland ein Verhältnis zu bekommen, wie wir es im Hinblick auf Frankreich haben entwickeln können. Da geht es nicht um ein Verhältnis wie aus fernerer Zeiten, ein Verhältnis der Über- und Unterordnung, sondern da geht es um ein Verhältnis souveräner Völker, die wissen, dass sie sich in der Kultur und ihren Beziehungen zur Kultur viel ähnlicher sind, als sie sich über lange Perioden ihrer gemeinsamen Geschichte beweisen konnten. Ich glaube, das jedenfalls kann man sagen. Vielleicht versteht ihr vor diesem Hintergrund, warum ganz jenseits freundschaftlicher Beziehungen das Verhältnis des vereinigten Europas zu Russland von unglaublicher Bedeutung ist, nicht nur aus energiepolitischen Gründen, sondern auch aus der Geschichte heraus. Ich halte es für eine der wichtigsten Zukunftsfragen, die in der nächsten Zeit vor uns stehen wird.

Zur internationalen Politik: Wir hatten in der Tat unser Land neu zu positionieren. Wir haben, oft auch auf Parteitag, über den Weg gestritten: Was dürfen wir tun, um Frieden nicht nur zu erhalten, sondern auch zu schaffen? Ihr kennt alle diese Debatten, die wir miteinander hatten. Aber wir haben uns zu einer realistischen Außen- und Sicherheitspolitik durchgerungen: Im Mittelpunkt dieser Politik sind

erstens die Vereinten Nationen das Forum, welches internationale Politik legitimiert und in dem diese stattfindet.

Zweitens wissen wir um die Bedeutung unserer Bündnisse. Wir schätzen sie und wissen vor allen Dingen, dass Bündnisse nicht nur Rechte gewähren, sondern auch Pflichten auferlegen. Aber wir sagen unseren Partnern und Freunden: Über die zentralen Fragen deutscher Außenpolitik - die zentralste zumal, nämlich über die von Krieg und Frieden - wird in Berlin entschieden und nirgendwo anders, solange Sozialdemokraten etwas zu sagen haben.

Das ist die Maxime deutscher Außen- und Sicherheitspolitik: bündnisfähig, aber gestützt auf eigene Urteile, gestützt auf unsere historischen und gegenwärtigen Erfahrungen, gestützt auf das, was in unseren Köpfen und Herzen ist, und das wird sie so lange bleiben, wie wir sie formulieren. Das wird über den 18. September hinausreichen, seid dessen sicher! Ich bin fest davon überzeugt.

Unsere Aufgabe ist, unser Land nach innen zu erneuern, wirtschaftliche Kraft und Stärke mit sozialer Sensibilität zu verbinden. Wir müssen dieses Land nach außen positionieren als ein Land, das um seine Verantwortung für den Frieden in der Welt, aber auch um die Entwicklung bei den Ärmsten der Armen - das nämlich ist eine Voraussetzung zur Konfliktlösung - genau weiß. Liebe Freundinnen und Freunde, auch insofern sind wir in der Tradition des Nord-Süd-Berichtes von Willy Brandt und denen, die das damals gemacht haben.

Lasst uns dieses klare Signal von Berlin aus nach außen, an unsere Mitmenschen überall in Deutschland geben: Unsere SPD ist und bleibt die Partei der praktischen Vernunft, die führende Reformkraft in diesem Land. Wir sind die Partei der Arbeit und wir sind die Partei des Friedens. Wir sind die Partei der Bildung, der Familie und der Nachhaltigkeit in unserer Gesellschaft - und allemal der Gerechtigkeit.

Wir, liebe Freundinnen und Freunde, sind die Partei der Freiheit, nicht nur für die wenigen, sondern der Freiheit für die vielen. Wir sind die Partei der Selbstbestimmung. Wir wissen besser als die anderen, dass der Zusammenhalt unserer Gesellschaft unser wirklicher Reichtum ist. Nicht die Renditen, nicht die Börsennotierungen, sondern der Zusammenhalt unserer Gesellschaft und das, was uns an Kraft daraus erwächst, das macht Deutschland stark, das macht es so einzigartig, das müssen wir bewahren, liebe Freundinnen und Freunde!

Wir Sozialdemokraten sind es, die stehen und arbeiten für ein modernes, für ein wirtschaftlich starkes, aber zugleich sozial ausgeglichenes und deshalb lebens- und liebenswertes Deutschland - ein Land, das den Frieden in der Welt entschieden verteidigt und nach innen für den Frieden bei allen Veränderungsnotwendigkeiten einsteht. Für diese unsere Politik bitten wir die Wählerinnen und Wähler am 18. September um ein neues Mandat. Darum, liebe Freundinnen und Freunde, geht es am 18. September.

Deshalb die Bitte an euch alle: Geht nach diesem Parteitag die letzten 20 Tage hinaus ins Land, geht zu den Menschen und erklärt ihnen, was uns bewegt. Geht auf die Straßen und Plätze, geht an die Infotische und überall dorthin, wo ihr die Menschen trifft: in den Kaufhäusern, am Arbeitsplatz, in den Schulen, wo immer ihr den Menschen begegnet. Sprecht mit ihnen, überzeugt sie! Überzeugt die Unentschlossenen, die Unentschiedenen und die Kritiker und macht die Sympathisanten fest. Darum geht es: Lasst uns diesen großen Wurf gemeinsam machen. Darauf kommt es mir an. Ich danke euch für eure Aufmerksamkeit.

(Stürmischer Beifall - Die Delegierten erheben sich - Rhythmisches Klatschen)

"Zahlen und Beispiele"

Wenn CDU und FDP regieren, zahlt Deutschland drauf!

Wenn CDU und FDP regieren, haben die Menschen weniger!

Die Krankenschwester, 2300 Euro brutto, Weg zur Arbeit 30 Kilometer:
474 Euro weniger im Jahr.

Der Feuerwehrmann, verheiratet, zwei Kinder, 2846 Euro brutto: 1055
Euro weniger im Jahr.

Der Schichtarbeiter, verheiratet, 2916 Euro brutto, Weg zur Arbeit 34
Kilometer: 1435 Euro weniger im Jahr.

Die Familie mit zwei Kindern, Alleinverdiener, Schichtarbeiter, 3300 Euro
brutto: 2580 Euro weniger im Jahr.

Und das Rentner-Ehepaar mit 1800 Euro im Monat verliert 324 Euro im
Jahr.